



14.10.2016: So schallte es aus Konzern- und Bankzentralen, nachdem Arbeitsministerin Nahles bei einen Spitzengesprächen Gewerkschaftern und Unternehmerverbänden ihre rentenpolitischen Vorstellungen offenbarte. Auf den DGB und dessen Verlangen „Rente muß zum Leben reichen“ zugehend, stellte sie u.a. eine Beitragshöhe bis zu 22% in Aussicht. Da jeder weiß, dass daraus vor der Bundestagswahl nichts mehr werden wird, sei daran erinnert, daß Nahles ggf. nicht die erste SPD-Politikerin wäre, die es unverschämt fände, später an Wahlversprechen gemessen zu werden.

Mehr zahlen wollen die Unternehmer keinesfalls und fordern die Förderung von Betriebsrenten, mehr „Eigenvorsorge“ und ein höheres Renteneintrittsalter. Klar, alles Lösungen, für die entweder der Staat mit Steuergeldern aufkäme oder die Arbeitenden mit höheren Beiträgen, niedrigeren Renten und ihrer Gesundheit. Mit 69 kann man zwar noch in Aufsichtsräten parlieren, aber kein Dach mehr decken oder Kranke umbetten.

Den Vogel schießt ein sog. Rentenexperte ab: „Die Babyboomer-Generation hat es verpasst, die erforderliche Anzahl von Kindern zu bekommen, die nötig gewesen wäre, um das Rentensystem hoch zu halten. Wenn man demographisch versagt, muss man auch mit den Folgen leben.“ Ob er intellektuell versagt oder schlicht einen an der Raffel, sorry, Waffel hat? Wer von steigender Produktivität nicht redet, sollte über Demographie schweigen. Auch deshalb, weil von den 25- bis 35-jährigen jede(r) Siebte keinen berufsbefähigenden Abschluss hat, da Kapital und Staat nicht mal in der Lage waren, die Ausbeutung von deren Arbeitskraft durch deren Qualifizierung zu organisieren. Mehr Kinder bedeutet nicht automatisch mehr Beiträge, vor allem wenn man die Jugend schlecht bezahlt und prekär beschäftigt.

Auf 1.000 € Brutto kommen ca. 1.250 € „Lohnkosten“ in die Bilanzen und 187 € in die Rentenkasse, 93,50 € davon als „Arbeitgeberbeitrag“. Ein Prozentpunkt mehr schmälert den Profit mal gerade um 5 €, um 0,4% der „Lohnkosten“. 22% Beitrag hieße gegenüber heute minus 16,50 € Profit pro 1.000 € Brutto. Daran stürbe kein Kapitalist. Schon gar nicht in Großindustrie, Banken usw., wo Lohnkostenanteile oft nicht mal die 10%-Marke weit

„Wir zahlen nicht für Eure Rente“

Kategorie: Der Kommentar

Veröffentlicht: Freitag, 14. Oktober 2016 07:31

überschreiten. Letztlich nimmt der Kapitalist weder die Bruttolöhne noch die „Arbeitgeberanteile“ aus dem Sparstrumpf seiner Oma, sondern aus dem, was seine Arbeiter und Angestellten erarbeitet haben. Ihre Lohnarbeit ist auch ihre permanente Eigenvorsorge für das Alter. In soweit stimmt die Aussage „Wir zahlen nicht für Eure Rente!“, das machen die Beschäftigten eh zu 100% selbst.

Text: Volker Metzroth